



Antrag

Vorlage: AT/0052/2018		Datum: 07.05.2018	
Verfasser:	08-AfD-Ratsfraktion	Az.:	
Betreff:			
Antrag der AfD-Ratsfraktion: Hochschul- und Wissenschaftsstandort Koblenz ausbauen - eine Perspektive für die Einrichtung einer rechtswissenschaftlichen Fakultät an der Universität Koblenz-Landau (Campus Koblenz) entwickeln			
Gremienweg:			
24.05.2018	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP		ohne BE abgesetzt geändert
	öffentlich		

Beschlussentwurf:

Der Stadtrat möge beschließen: Der Stadtrat fordert die Landesregierung dazu auf, eine Perspektive für die Einrichtung einer rechtswissenschaftlichen Fakultät an der Universität Koblenz-Landau (Campus Koblenz) zu entwickeln.

Begründung:

Koblenz ist bereits seit vielen Jahrzehnten ein traditionsreicher Standort der Jurisprudenz. So sind nicht nur das Oberlandes- und Oberverwaltungsgericht, sondern auch der Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz hier ansässig. Die Einrichtung einer juristischen Fakultät an der Universität Koblenz-Landau (Campus Koblenz) wäre angesichts dieser günstigen Voraussetzungen eine sinnvolle und zeitgemäße Erweiterung, die auch der gestiegenen Bedeutung der Universität Koblenz-Landau Rechnung trägt. Bereits jetzt absolvieren viele Rechtsreferendare ihren Vorbereitungsdienst an Koblenzer Gerichten. Von dieser bildungspolitischen Entscheidung würde nicht nur die Stadt Koblenz, sondern auch der gesamte Norden des Landes profitieren. Die Landesregierung verweist zwar darauf, dass ihrer Ansicht nach die vorhandenen Möglichkeiten der juristischen Ausbildung aktuell ausreichend seien (Drs. 17/5873), gleichwohl ist aber eine Abwanderung von Schülern mit Hochschulzugangsberechtigung in benachbarte Bundesländer festzustellen. Sowohl Nordrhein-Westfalen (Bielefeld, Bochum, Bonn, Düsseldorf, Köln, Münster) als auch Hessen (Gießen, Göttingen, Frankfurt am Main, Marburg, Wiesbaden) sind mit sechs bzw. fünf juristischen Fakultäten deutlich besser aufgestellt. Damit entgeht Rheinland-Pfalz ein großes akademisches Potential und damit Wirtschaftskraft, zudem Fördermittel des Bundes.

Aus diesen Gründen beantragt die AfD-Ratsfraktion: Der Stadtrat möge an die Landesregierung appellieren, eine Perspektive für die Einrichtung einer rechtswissenschaftlichen Fakultät an der Universität Koblenz-Landau (Campus Koblenz) zu entwickeln.

Die AfD-Ratsfraktion

Joachim Paul, stellvertretender Vorsitzender, MdL